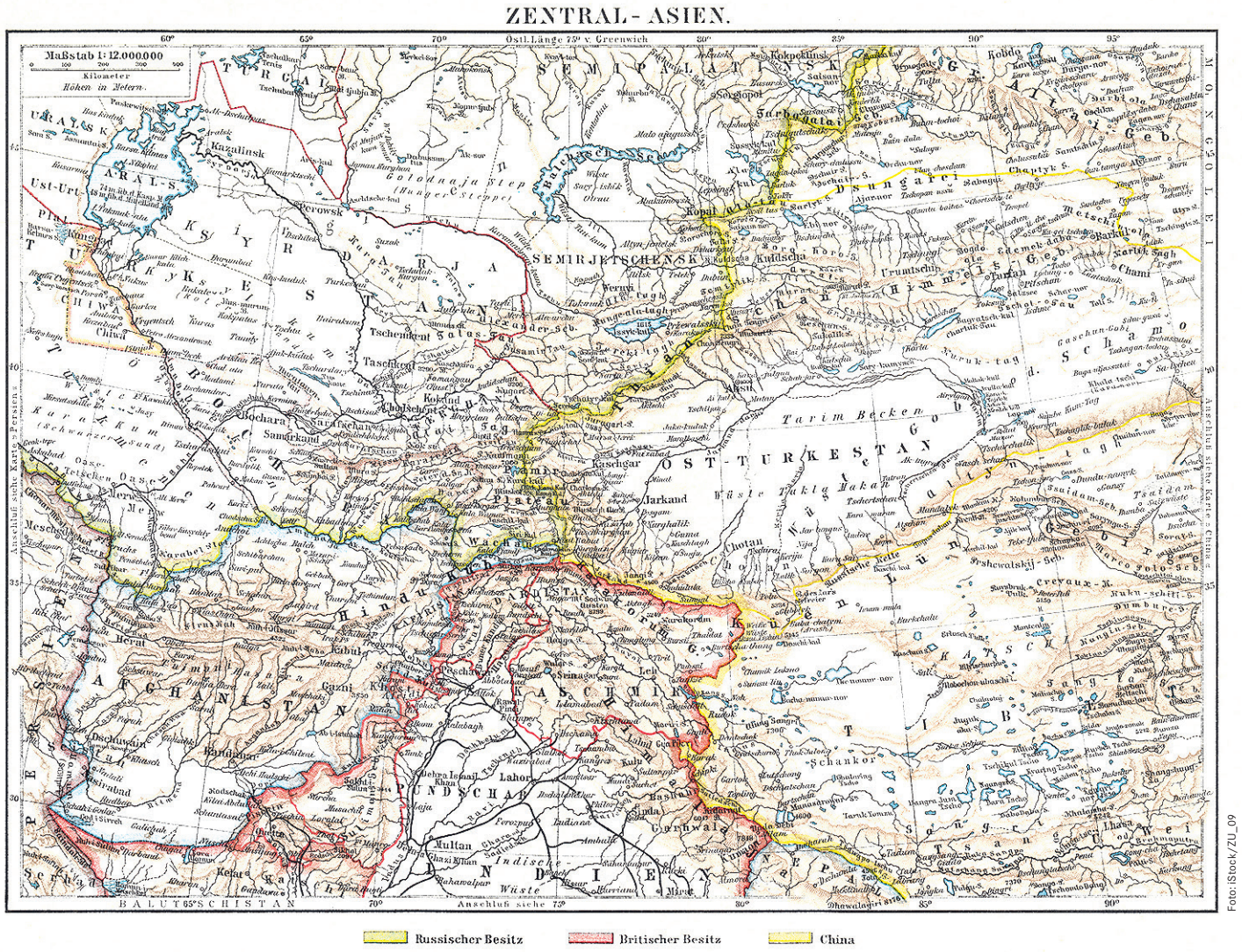

Foto: iStock/ZU_09

Umfehdete Region

Im gesamten 19. Jahrhundert bis Ende des Ersten Weltkrieges rangen Großbritannien und das Russische Reich um die Vorherrschaft in Zentralasien (Karte von 1899) – „The Great Game".

Die Annäherungsversuche der Bundesregierung an die nördlichen Nachbarn Afghanistans bergen unzählige politische wie humanitäre Fallstricke. Sie gehen vor allem aber auch an der Realität vorbei.

Wiens little „Great Game"

Von Stefan Schocher

Der Plan ist im Grunde nicht neu. In der Region sollen Flüchtlinge versorgt werden. „Hilfe vor Ort" lautet das Schlagwort der österreichischen Bundesregierung. Denn vor allem eines sollen Afghanen nicht tun, geht es nach ihrem Wunsch: sich auf den Weg nach Europa machen. Österreich hat sich in der Sache ebenso festgelegt wie international exponiert: Eine Aufweichung der Asylregeln, eine gezielte Aufnahme politisch exponierter Afghan(inn)en, all das werde es unter seiner Kanzlerschaft nicht geben, so Sebastian Kurz. Zur Forderung seitens der EU-Kommission nach sicheren Korridoren, um gefährdeten Personen eine kontrollierte Ausreise und Niederlassung in der EU zu ermöglichen, hat Innenminister Karl Nehammer wörtlich gesagt: Er sei „schockiert" ob solcher Ideen.

Wohlfühlschlagworte

Versorgung in der Region, Hilfe vor Ort lauten also die Textbausteine. Einen „offenen Dialog" wolle er führen, so Nehammer dazu zuletzt. Einen Dialog darüber, was die Anrainerstaaten Afghanistans an humanitärer Hilfe brauchen, um Flüchtlinge aus Afghanistan aufzunehmen. Worum es bei diesem mit Wohlfühlschlagworten umschriebenen Plan aber letztlich geht, das sind Zuwendungen an Staaten wie Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan. Diese drei Staaten jedenfalls wurden genannt in dem Zusammenhang. Mit Turkmenistan und Tadschikistan gab es am Montag bereits eine Videokonferenz, an der auch Vertreter Deutschlands, Dänemarks und Griechenlands teilnahmen. Priorität sei es, „regionale Kooperation zu forcieren", so Außenminister Alexander Schallenberg zu den Konsultationen. Vereinbart worden sei eine „vertiefende polizeiliche Kooperation". „Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich von Trainings und Expertenaustausch" sollen demnächst konkretisiert werden.

Von deutscher Seite jedenfalls hieß es, es habe sich da um ein Treffen von vielen gehandelt, die derzeit stattfänden. Und dass man mit den Anrainerstaaten Afghanistans einen Austausch brauche, das stehe außer Frage.

> *„Auch nur in ein Nachbarland zu flüchten, ist schwierig. Denen, die es schaffen, steht außerdem der weitere Weg nach Europa nicht offen."*

Und auch Kristof Bender von der Europäischen Stabilitätsinitiative sagt: Grundsätzlich sei es gut, Nachbarstaaten Afghanistans bei der Versorgung von Flüchtlingen zu unterstützen. „Konkrete Angebote bezüglich Grenzschutz" klinge allerdings nach Unterstützung bei der Abschottung. Und das sei „in Anbetracht der Machtübernahme der Taliban nicht nachvollziehbar und mit internationalem Flüchtlingsschutz unvereinbar".

Österreichs Initiative zur Kooperation bei „humanitärer Hilfe", bei der „Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit" sowie auch beim Grenzmanagement wurde in Zentralasien positiv aufgenommen, wie es Nehammer formulierte. Überraschend ist das nicht. Kooperation kann allerdings heikel werden mit diesen Staaten.

Dahingehend Erfahrungen gemacht hat Deutschland. Konkret: in Termez, einer usbekischen Kleinstadt direkt an der Grenze zu Afghanistan. Über Jahre hatte die deutsche Bundeswehr dort einen strategischen Luftwaffenstützpunkt unterhalten. Praktisch alles, was an Gerät und Personal nach oder aus Afghanistan herausgeflogen wurde, machte Zwischenstopp in Termez. Auch die staatliche usbekische Airline wurde als Teil dieses Deals gechartert, um die Personaltransporte von Termez nach Deutschland abzuwickeln.

Die Nutzung des Flughafens ließ sich die Regierung in Taschkent allerdings fürstlich vergolden. 2011 tauchte im Deutschen Bundestag eher irrtümlich die sagenhafte Summe von 15,95 Millionen Euro pro Jahr auf, die Deutschland für die Nutzung der holprigen Piste und die Stationierung von zwei Dutzend Soldaten neben dem Rollfeld zahlte. Später wurde die Sache vermutlich auf Wunsch Usbekistans zur Verschlusssache. Bekannt wurde danach nur: Von Jahr zu Jahr forderte das usbekische Regime mehr. Bis die Bundeswehr dazu überging, die Logistik direkt über Masar-e Scharif, Kundus oder Faizabad abzuwickeln, und Termez entnervt aufgab.

Vorbild Türkei-Abkommen?

Was der österreichischen Bundesregierung vorschwebt, sind also Abkommen mit Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan. Wohl betont man, dass die UNO, die Internationale Organisation für Migration (IOM), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie die EU eingebunden werden müssen. Letztlich handelt es sich allerdings um Deals mit dem Kerninhalt: Ihr haltet die Leute von uns fern, dafür übernehmen wir Kosten, teilen Know-how oder stellen Material zur Verfügung. Nichts anderes also letztlich als das Abkommen zwischen der EU und der Türkei von 2016.

Allerdings unter ganz anderen Vorzeichen, wie Bender sagt. Die Situation sei heute völlig anders. „Aus Afghanistan auch nur in ein Nachbarland zu flüchten, ist schwierig." Zudem stehe der Weg nach Europa nicht offen. Die Gefahr einer Massenflucht nach Europa sei schlicht nicht real. Das Problem sei viel eher, gefährdete Personen aus dem Land zu bekommen. Ziel müsse es sein, „möglichst viele dieser Menschen in Sicherheit – und einen Teil davon durch Umsiedlung nach Europa – zu bringen", sagt Bender. Bei Umsiedlungen gebe es auch keinen Pull-Effekt. „Da kann ein Staat entscheiden, wie viele und wen man ins Flugzeug setzt."

Auf der anderen Seite ist da auch ein grundlegendes Desinteresse der nördlichen Nachbarn Afghanistans, Flüchtlinge zu beherbergen. Das Erste, was Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan taten, als sich die Lage in Afghanistan zuspitzte, war, die Grenzen abzuriegeln. Die Armeen Tadschikistans und Usbekistans hielten auch sofort Manöver mit der russischen Armee ab. Und das seit jeher nach nordkoreanischer Manier abgeschottete Turkmenistan machte komplett zu.

Keine Fluchtländer

Dahinter stehen zu einem Teil existenzielle sicherheitspolitische Ängste. In Tadschikistan tobte bis 1997 ein Bürgerkrieg mit Milizen, die sich ideologisch an den Taliban orientierten. In Usbekistan wie in Tadschikistan haben bittere Armut (Rücküberweisungen von überwiegend in Russland tätigen Arbeitsmigranten machen in Tadschikistan knapp 50 Prozent des BIP aus), die beinharte Unterdrückung der Opposition und das daraus resultierende Fehlen oppositioneller Strukturen dazu geführt, dass islamistische Gruppen die Opposition zunehmend unterwandern. Wie weit das geht, hat der IS gezeigt: Dem hatten sich zahlreiche Usbeken und Tadschiken angeschlossen, darunter auch Angehörige und auch Kommandanten von Spezialeinheiten.

Und da ist noch ein Faktor: eine fragile zwischenstaatliche Stabilität in der Region sowie ethnische Bande über Grenzen hinweg. Im Norden Afghanistans sind Tadschiken und Usbeken in der Mehrheit. Zwischen Usbekistan und Tadschikistan aber gibt es wiederum Gebiets- und Ressourcenstreitigkeiten, die sich um das unzugängliche wie notorisch unruhige Ferghanatal kumulieren. Der Appetit auf Zuzug ist begrenzt – und Abschottung sowie das abschreckende Beispiel Afghanistan nützen den Regimen.

Aber abgesehen davon: Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan waren in den bisherigen vier Jahrzehnten Krieg in Afghanistan noch nie Fluchtmagnet. Millionen Afghanen flohen hingegen nach Pakistan und in den Iran, wo internationale Organisationen auch Strukturen haben. Der Iran und Pakistan waren in die jetzigen Konsultationen aber nicht eingebunden. „Geht es der österreichischen Regierung um Hilfe vor Ort, dann muss man das natürlich machen", sagt Bender. Aber das könne noch geschehen.

Für die zuständige UN-Behörde, das UNHCR, ist bei all dem jedenfalls weniger Unübersichtlichkeit das Kernproblem. Viel eher ist es ein ganz profaner Mangel: an Geld. Gerade einmal 44 Prozent der für 2021 benötigten Gelder sind eingelangt. Das ist die einzige wirkliche Parallele mit dem Jahr 2015.